

Reformstrategien in kapitalistischen Industriegesellschaften

Ein Literaturbericht (II. Teil) *)

Träger des Prozesses gesellschaftlicher Veränderung

Ob man nun von der Prämisse ausgeht: Sozialismus und „vollendete Demokratie“ sind identisch, und deshalb läßt sich der Sozialismus prinzipiell nicht mit undemokratischen Methoden verwirklichen (so von Oertzen im Vorwort sowie Thesen 14, 16, 38), oder ob man sich empirisch orientiert an den bisherigen Verwirklichungsversuchen von Sozialismus, die entgegen ihrem Anspruch nicht zur Befreiung des Menschen von nicht legitimierbarer politischer Beherrschung und ökonomischer Abhängigkeit geführt haben, in beiden Fällen ergibt sich die Unabdingbarkeit des demokratischen Prinzips für den Sozialismus. Das aber bedeutet, daß ein demokratischer Sozialist Klarheit darüber gewinnen muß, wen er wie begründet als Träger des Transformations- oder Veränderungsprozesses ausweisen kann, wo innerhalb der bestehenden Gesellschaft er die Mehrheiten für seine Politik suchen muß und wie er sie gewinnen kann.

Sind es „die Bürger“ (so Löwenthal, Vogel, Schwan)? Ist es die „Klasse der Beherrschten“, unter die Arbeiter, Angestellte, Beamte, Intellektuelle, Freischaffende subsumiert werden (vgl. von Oertzen Thesen 27, 29)? Ist es „die breite Masse des arbeitenden Volkes der Arbeitnehmer“, worin sich fast jeder je nach ideologischem Geschmack wiederfinden kann (Arndt/Voigt)? Oder sind es „die Lohnabhängigen“, „der moderne Arbeiter“, die „Arbeiterklasse“, ja: das „Proletariat“ (vom Autor — J. Steffen — selbst in Anführungszeichen gesetzt), das manchmal auch in „Gruppen“ aufgeteilt auftritt? Kreisky macht darauf aufmerksam, daß es eine utopische Vorstellung gewesen ist, zu erwarten, daß die Arbeiterklasse, nachdem sie in allen modernen Industriestaaten absolut und relativ immer kleiner wird, von sich aus die Veränderungen herbeiführen wird. Neben sie sei als eine neue soziale Gruppe, vielleicht Klasse, die Angestelltenschaft getreten, „die ständig neue Funktionen im Produktionsprozeß übernimmt und deren Bewußtsein oft eine eigene Prägung erfährt“ (S. 158). Indessen scheint es die neue und zugleich alte Hoffnung demokratischer Sozialisten von Löwenthal über den Orientierungsrahmen bis zu Steffen zu bleiben, hier in diesem Gelände der Gesellschaft Boden gewinnen zu können: Löwenthal erhofft sich Unterstützung durch breite „Mittelschichten“ von Intellektuellen, Technikern, Beziehern

*) Teil I: Heft 5/75, S. 316—322.

fester Einkommen, Sparern, Sozialrentnern (S. 23); Steffen meint (S. 230), daß für „Sozialismus“ eher viele Angehörige des „neuen Mittelstandes“ seien, und im Orientierungsrahmen wird von der Gewinnung der „gesellschaftlichen Zwischenschichten“ (z. B. Teil A 4.5.8; vgl. auch A 2.3.4 die Kennzeichnung „mittlere Gesellschaftsschichten“) gesprochen.

Dies alles sind recht vage Hinweise auf das Subjekt des Transformationsprozesses; häufig, so bei Steffen, in Anführungsstriche gesetzt, was wohl die Distanzierung gegenüber einer dogmatischen Verwendung der Begriffe ausdrücken soll, aber eben nicht die eigene Analyse ersetzen kann und die eigene Begriffslosigkeit nur verdeckt. Im diametralen Gegensatz zu dieser begrifflichen Vagheit stehen die Aufgaben, die der schöpferischen, produktiven, den Transformationsprozeß bewegenden Kraft gestellt werden: im Kapitalismus selbst schon eine reale Alternative zur kapitalistischen Klassenherrschaft zu bilden (von Oertzen These 27) und dies zu verbinden mit der Bereitschaft zur Praktizierung der *ultima ratio*: „mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln“ bis zum „gewaltsamen Kampf“ die Transformationsbasis des demokratischen Rechtsstaates zu verteidigen (These 59). Reale Alternativen zum Kapitalismus im Kapitalismus zu bilden, heißt nicht weniger als: „daß eine sozialistische Bewegung qualitative Elemente der sozialistischen Gesellschaft vorwegnehmen muß“ (These 17).

Das Bewußtsein für die Transformation muß also weiterentwickelt sein als die sogenannten objektiven Bedingungen der Transformation, die von den Transformationskräften im überwiegenden Maße selbst erst geschaffen werden müssen. Das bedeutet, daß — um an einige Gedanken von Steffen anzuknüpfen (vgl. S. 224 ff.) — die selbstzubestimmende subjektive Zuordnung — die Bildung der „Klasse für sich“ — und die politischen Anstöße dazu künftig wichtiger sein werden als das ebenso beharrliche wie erfolglose Suchen nach der „Klasse an sich“, die zur „Klasse an und für sich“ erhoben werden soll. Da oder vielleicht auch nur solange wie eine Unsicherheit im Hinblick auf die Bestimmbarkeit der „Klasse an und für sich“ besteht, könnte man sich auf die Beschreibung der Funktionen im umfassend gedachten Produktionsprozeß zur Kennzeichnung von Zuordnungen zu den gesellschaftsverändernden Kräften beschränken. Ein solches Vorgehen würde erlauben, Wissenschaft und Technik als entscheidende Produktivkräfte und damit als vor allem Mehrwert schaffende Faktoren zu lokalisieren. Das Ergebnis solcher Beschreibung ließe sich dann sehr wohl auf den Begriff einer „durch Klassengrenzen geprägten Gesellschaft“ bringen, eine Klassengesellschaft freilich, die keine „klassische“ mehr ist (so W. Brandt, Partei S. 62).

Alle befragten Autoren sind sich darin einig, daß erhebliche Hindernisse zu überwinden sind, bevor demokratische Sozialisten in der Gesellschaft solide Mehrheiten finden werden; vielmehr sind Rückschläge zu erwarten. Steffen verweist auf die Doppelstellung des „Proletariats“ in der kapitalistischen Produktionsweise, die ihn einerseits als abhängig Beschäftigten und als abhängigen Ver-

braucher zum Objekt der kapitalistischen Verwertungsmechanik macht; andererseits sei er mit seinen subjektiven Interessen denen des Systems verbunden. Er ist objektiv und subjektiv dem „kapitalistischen Wesen“ unterworfen (vgl. S. 69, 172, 217, 230): „Alle Versuche partieller sozialistischer Transformation haben von diesem Faktum auszugehen“ (S. 245). Bei Strafe — so kann man hinzusetzen — der Erhöhung der Durchsetzungsfähigkeit autoritärer oder faschistischer Alternativen, wenn dies nicht beachtet wird.

Die Konkretisierung solcher prinzipieller Aussagen ergibt sich leicht; es sei nur auf einige Beispiele hingewiesen. Mit steigendem Wohlstand erfolgte eine Erhöhung des Ausmaßes zusätzlicher kleinerer arbeitsloser Einkommen und damit eine weitere spezifische Bindung an das System (vgl. Kierner S. 321). Die Arbeitnehmer sind seit Jahrzehnten auf die Erwartung steigenden Einkommens als Leistungsanreiz trainiert worden — die Frage ist, ob es gelingen wird, zukünftig Leistung anders anzuerkennen (vgl. Kierner S. 324). Ein gewisses Maß an geringerer Befriedigung der Konsumenten wird zukünftig unvermeidbar werden — dies könnte von den Betroffenen als ein Faktum sozialen Abstiegs fehlinterpretiert werden. Eine Politik umfassender staatlicher Kontrolle ist nicht uneingeschränkt mit der „Politik einseitiger Umverteilung zugunsten der industriellen Arbeiterklasse“ vereinbar; genau dies aber ist die Erwartungshaltung gegenüber SPD und Gewerkschaften (vgl. Löwenthal S. 23, 24, 26). Schließlich müssen bei einem demokratischen Verfahren selbst die individuellen Opfer der Politik der Wachstumssteuerung um des überragenden Interesses an der Zukunft der Gesamtgesellschaft überzeugt werden (vgl. Löwenthal S. 126 f.).

Strategieansätze

Peter von Oertzen hat es als ein in der Geschichte des demokratischen Sozialismus bisher ungelöstes Problem bezeichnet, wie denn alle jene, die die schöpferische gesellschaftsverändernde Potenz darstellen, „zu dem gemeinsamen Bewußtsein gelangen“ können, „daß es sowohl nötig als auch möglich ist, diese Gesellschaft zu verändern“ (These 29). Und in der Tat sind die Auskünfte darüber, wie Mehrheiten zu gewinnen sind, wie die Zustimmung zu den Inhalten einer sozialistischen Reformpolitik zu gewinnen ist, noch immer spärlich. Sicher wird es unumgänglich sein, die bisherige Wertorientierung des demokratischen Sozialismus nachdrücklicher und zugleich konkreter als bisher zu interpretieren in dem Sinne, daß die individuellen Grundwerte mit den kollektiven Notwendigkeiten des Überlebens der Gesamtgesellschaft unlösbar verbunden sind, daß die Zukunftschancen des einzelnen durch die „Gesamtentwicklung der Gemeinschaft“ bestimmt werden (Löwenthal S. 23, 36, 127, 130). Aber dies bleibt eine konsequenzlose idealistisch-abstrakte Forderung, wenn nicht angegeben wird, wie eine wachsende Mehrheit der öffentlichen Meinung davon überzeugt werden kann, wie eine Zustimmung breiter Kreise der Bevölkerung erlangt werden kann,

eine Zustimmung, die, wie hochgemut erwartet wird, „vom Geist solidarischer Verpflichtung erfüllt ist“ (OR Teil A 2.4.8).

Gewiß ergeben sich da für die politische „Erziehung zur Einsicht“ umfangreiche Aufgabenfelder: „Die demokratische Gesellschaft muß als Erziehungsziel die Menschen dazu bringen, von sich aus rücksichtsvoller zu sein, rücksichtsvoller in allen Bereichen des Lebens, nicht nur was die materielle Umwelt allein betrifft“ (Kreisky S. 187; vgl. auch W. Brandts Aufforderung zu mehr „compassion“). Gewiß muß die „Aufklärung verbessert“ werden (OR Teil A 2.3.2), und bestimmt hat all dies nicht „idealistisch-abstrakt“ oder „normativ-autoritär“ zu erfolgen (OR A 3.2.2): „Wer politische Ziele festlegen will, muß wissen, wie die Dinge sind und was die Menschen wollen“ (ebenda). Das bedeutet jedoch, sehr bemüht und geduldig jeden Schritt langfristig orientierter Reformpolitik mit den konkreten Inhalten des Bewußtseins der Mehrheit der Bevölkerung zu verbinden und auf diesem Wege dessen Inhalte auch zu verändern (vgl. dazu beispielhaft OR Teil A 4.5.8).

Für die Gewerkschaftspolitik der letzten Jahre ist es sehr deutlich geworden, wie strategisch unnütz idealistische Zukunftsvisionen sind oder wie wenig Mobilisierungskraft Erklärungsversuche wie: „Kapital“ gegen „Arbeiterklasse“ besitzen, wie notwendig es offenbar ist, an den konkreten Bewußtseinsstand derjenigen, mit denen man seine Politik durchsetzen will, anzuknüpfen. Forderungen nach Humanisierung der Arbeit, Mitbestimmung, Investitionslenkung sind nur dort zu Inhalten politischen Bewußtseins geworden, wo ein Zusammenhang „mit den hautnahen Interessen“ der betroffenen Arbeitnehmer hergestellt werden konnte und wo diese Forderungen an den Kern gewerkschaftlicher Aktivität — Tarifpolitik und nochmals Tarifpolitik — ankristallisiert waren (vgl. Rolle und Aufgaben S. 60, 61, 63, 64 f.). Dieses Verfahren erscheint realistischer als J. Steffens (hier *pars pro toto* genannt) zu allgemeines „Warten auf Godot“ (trotz entgegenstehender Einsichten, die er selber vermittelt): Je näher reformerische Veränderungen der strukturellen Veränderung kommen, um so mehr verstärkt sich ihr „sozialistisch-demokratischer Charakter“: „Um so mehr verschärfen sich die Klassenkämpfe, die an die praktischen Erfahrungen mit und den Reaktionen auf den bisher bereits politisch vermittelten, aber inhaltlich privat bestimmten Kapitalverwertungsprozeß anknüpfen“ (S. 276).

Die immer noch vorhandenen Undeutlichkeiten und Unsicherheiten bei der Kennzeichnung des für Reformpolitik zu gewinnenden Potentials stellen also die Aufgabe, die Interessenlage der Anzusprechenden genau zu erforschen und diese Interessenlage mit der formulierten Politik in einen plausiblen Zusammenhang zu bringen. Damit könnten die klassischen Fehler der sozialistischen Strategie, die Geschichte gemacht haben, vermieden werden: die schematisch-globale Bestimmung der gesellschaftlichen Kräfte, die den Transformationsprozeß aktiv tragen sollen: „das Proletariat“, „die Arbeiterklasse“, „die Lohnabhängigen“ und dann in Kompensation dieser analytischen Schwäche der Rückzug auf

abstrakt aufklärerisch-avantgardistische Postulate. Dies hat dazu geführt und könnte wieder dazu führen, daß die, die an sie herangetragenen Erwartungen nicht erfüllen können, sich denen zuwenden werden, die eine heile Welt für das ganze Volk zu schaffen versprechen und dabei gerne auf die aktive Selbstbetätigung der Betroffenen verzichten oder sie manipulativ-autoritär einsetzen.

Probleme des Selbstverständnisses

Was wie gelingt, hängt allerdings mitentscheidend vom Selbstverständnis derjenigen ab, die den Transformationsprozeß in Gang bringen und halten.

Willy Brandt hat Ende 1973 erklärt: „Die SPD bleibt die Partei der Reformen — mit diesem Begriff sind sowohl der Inhalt unserer Politik als auch ihre Methoden umgrenzt“ (S. 67). Diese Aussage ist in Peter von Oertzens These 36 verdeutlicht: „Die SPD will eine Reformistische' Partei sein. Das heißt, sie erstrebt das Ziel des demokratischen Sozialismus auf dem Wege schrittweiser, gesetzlicher und friedlicher Veränderungen ... Sie verzichtet daher auf die totale Konfrontation mit dem bestehenden System und auf jede — auch nur verbale — Spielerei mit der Idee der ‚Revolution‘. Sozialdemokratische Politik ist infolgedessen notwendigerweise stets sowohl ‚systemstabilisierend‘ als auch ‚systemverändernd‘.“ Dies hat weitere Konsequenzen für das Selbstverständnis der Partei: „Die SPD will eine offene, demokratische Volkspartei sein ... Freilich ist die SPD deswegen noch keine Allerweltpartei. Sie hat ein bestimmtes Programm, das Programm des demokratischen Sozialismus. Sozialdemokraten wissen, daß sie dieses Programm nur in Vertretung der Interessen breiter Bevölkerungsschichten, insbesondere der Arbeitnehmer, der kleinen und mittleren Selbständigen und der Intelligenz ... verwirklichen können“ (These 39).

Der Entwicklungsprozeß der SPD von einer klassenspezifisch geschlossenen Integrationspartei vor 1933 über die schichtenspezifische Integrationspartei („des arbeitenden Volkes“) nach 1945 zur Volkspartei im Sinne einer Rahmen- und Sammelpartei zur Integrierung, Koordinierung und Repräsentation der Interessen breiter Bevölkerungsschichten nach dem Godesberger Parteitag 1959 ist nicht reversibel (dies meint jedoch Steffen, vgl. S. 361 ff.), wenn das anvisierte Reformpotential optimal in den Konnex der sozialistisch-demokratischen Gesamtbewegung einbezogen werden soll. Revidiert worden ist indessen inzwischen die um die Zeit der Großen Koalition herum zu beobachtende Neigung gewisser Führungskräfte, der SPD Züge einer Ausgleich, Gemeinsamkeit, Harmonie anstrebenden „Partei des ganzen Volkes“ zu geben. Allenfalls ist der Prozeß der Rückkehr zur Integrationspartei in einem ganz anderen als einem klassen- oder schichtenspezifischen Sinne denkbar: daß nämlich aus der Volkspartei die Integrationspartei der überwiegenden reformorientierten Mehrheit der Bevölkerung werden könnte. Deshalb ist Steffens Kennzeichnung der SPD als die parteipolitische Organisation der Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik (S. 23) zwar im besten (sympathischen) Sinne altsozialistisch, bedeutet aber die gedankliche Vorwegnahme einer Selbstisolierung der Partei.

Der Gedanke der Spaltung der SPD, besser: der Abtrennung des linken, „marxistischen“ Flügels von der Volkspartei wird nicht nur von Autoren wie den beiden Schwans nahegelegt (vgl. Steffens Auseinandersetzung mit diesem Problem S. 55, 244), die aufgrund eines rigiden Verständnisses von Volkspartei einerseits und einer eigenwilligen Marxismus-Rezeption andererseits die Notwendigkeit der Scheidung der Geister intendieren. Damit wäre die Reduzierung der Volkspartei auf eine sozial-liberale Regierungspartei programmiert, die wohl allerdings mangels Wählervoten nicht mehr lange zu regieren hätte. Die SPD würde durch diese sozial-liberale Beschränkung in einen fundamentalen Selbstwiderspruch geraten: Die SPD ist die einzige politische Kraft, die eine sozialistische Politik auf demokratischem Wege führen kann: „Die Einheit, Schlagkraft und politische Glaubwürdigkeit der Partei muß daher unter allen Umständen erhalten und gestärkt werden“ (Oertzen im Vorwort zu den Thesen).

Auch der österreichische Sozialist Fritz Kienner hält es u. U. für besser, die Trennung der Einheit der Partei vorzuziehen: dann, wenn das Handlungsvermögen einer Partei gelähmt wird, wenn während der Zeit der Regierungsverantwortung der Zwiespalt zwischen dem, was erreicht werden sollte, und dem, was wirklich erreicht werden kann, die Partei zu zermürben beginnt, zumal da die Einigungskraft einer charismatischen Führungspersonlichkeit nachläßt, wenn die Partei nicht mehr erfolgreich ist (S. 343, 345, 346). Man könnte — Kienner folgend — meinen, daß unter dem Aspekt eines produktiven sozialistischen Pluralismus eine solche Aufgabe der organisatorischen Einheit kein Unglück für die sozialistische Gesamtbewegung sein muß. Aber eine Orientierung über die strategischen Konsequenzen einer Trennung machen die gravierenden Bedenken gegen eine Spaltung klar: Welchen politischen Weg soll die reduzierte Volkspartei beschreiten: Einheitsfront, Volksfront oder Große Koalition?

Die Aufgaben, die sich der SPD als Volkspartei stellen, kann diese nicht allein bewältigen; sie ist der „politische Führungskern“ einer breiten, in der ganzen Gesellschaft wurzelnden, in Anspruch und Zielvorstellungen demokratisch-sozialistischen Bewegung (vgl. von Oertzen, Vorwort), die nur als eine „kombinierte Aktion“ unterschiedlichster Aktivitäten politisch sich entfalten kann (vgl. von Oertzen, These 30). Der Anspruch, Führungskern zu sein, muß immer wieder erneut unter Beweis gestellt und realisiert werden. Im Orientierungsrahmen sind die Konsequenzen aus einer überzogenen Anforderungs- und Erwartungshaltung der Wähler gegenüber der Partei und der Partei gegenüber den Wählern gezogen worden, indem die Grundzüge einer langfristig angelegten Vertrauensarbeit der SPD in der Bevölkerung entwickelt werden. Dem liegt die einfache und doch innerparteilich so umstrittene Erkenntnis zugrunde: „Sozialdemokratische Politik für die Menschen unseres Landes kann nur mit diesen Menschen gemacht werden“ (Teil A 3.2.1). Politischer Führungskern einer großen Bewegung zu sein, bedeutet, genausoweit „von einem blinden Glauben an spontane Basisbewegungen“ entfernt zu sein wie „von einem manipulativen Konzept

des demokratischen Zentralismus im kommunistischen Sinne" (ebenda). Weder können die politischen Ziele autoritativ vorgegeben werden noch in der bloßen Summierung von „Basisanforderungen" bestehen: „In den erforderlichen vielfältigen Vermittlungs- und Diskussionsprozessen auf allen Ebenen der Parteiorganisation liegt die wichtigste und zugleich schwierigste Funktion, die von der Partei zu erfüllen ist" (Teil A 3.2.2).

Aufgaben der Gewerkschaften

Das ausdrücklich und wiederholt bestätigte Selbstverständnis der SPD, eine Volkspartei zu sein, die innerhalb einer breiten Bewegung und für diese Politik zu betreiben hat, hat Rückwirkungen auf die Gewerkschaften. Die Diskussion um die Schutz- und Gestaltungsfunktionen der Gewerkschaften scheint unter diesen Bedingungen noch in einer ganz spezifischen Weise vertieft werden zu müssen. Zwar können die Gewerkschaften nach ihrem eigenen Selbstverständnis kein Parteiersatz sein; aber gerade unter der Perspektive, daß die SPD sich — gemessen an ihrer Aufgabenstellung — als Volkspartei verstehen muß, fallen den Gewerkschaften jene Aufgaben zu, die die SPD nicht mehr oder nicht ausreichend vertreten kann. Die Gewerkschaften haben Transmissionsriemen in der Weise zu sein, daß sie die mit den Arbeitnehmern entwickelten Zielvorstellungen in die Programme und in die Politik der Parteien übertragen; sie sollten aber nicht einen gewerkschaftlichen Integralismus zu entfalten suchen, z. B. durch Selbststeuerung von Teilbereichen der Gesellschaft gesamtstaatliche Planungsaufgaben substituieren wollen (vgl. dazu Löwenthal S. 128, 129).

Kierner fordert in diesem Zusammenhang eine „gewerkschaftliche Gesamtpolitik" in Richtung auf eine stärkere Einflußnahme auf soziale und wirtschaftliche Veränderungen und empfiehlt dazu die Erarbeitung einer größeren Fachkompetenz in Wirtschaftsfragen (S. 40, 351, 372); er verlangt, daß sich die Gewerkschaften der Begrenztheit von Forderungen, die auf Teilbereiche der Organisierung der Gesellschaft (also z. B. Mitbestimmung) gerichtet sind, bewußt bleiben: Eine grundlegende Veränderung der Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur läßt sich nur auf politischem Wege erreichen (S. 91). Von gewerkschaftlicher Seite selbst wird eine bessere Ausstattung mit inhaltlichen Programmen für die Gremienarbeit gefordert und als Beispiel die regionale Strukturpolitik erwähnt (Rolle und Aufgaben S. 62).

Zwischen der SPD und den Gewerkschaften darf jedoch in einem entscheidenden Punkt kein Mißverständnis bestehen: Um ihre Aufgaben erfüllen zu können, müssen die Gewerkschaften organisatorisch optimal funktionsfähig bleiben: „... die Aufrechterhaltung der Organisation ist für die gewerkschaftliche Politik ein wesentliches Ziel" (Rolle und Aufgaben S. 55). Aufschlußreich in diesem Zusammenhang ist die historische Analogie, die von gewerkschaftlicher Seite zur Begründung dieser Priorität angeführt wird, nämlich die Massenstreikdebatte 1904/05, als die Gewerkschaften sich den Anforderungen der Partei

widersetzten: „Mit Recht sahen die Gewerkschaften die Gefahr, daß ihre Organisation durch blinde Zunahme von Streikaktionen gefährdet werden könne“ (ebenda).

Die Verwirklichung des Sozialismus — darüber sind alle befragten Autoren einer Meinung — ist ein langer, ununterbrochener dialektischer Prozeß, der sich notwendigerweise graduell in konkreten Einzelschritten vollzieht; die Großprojektion der nationalen Muster auf Europa muß erst noch geleistet werden und ist vorerst nur eine Forderung: das Europa der 300 Millionen schaffen, das demokratisch-sozialistisch geprägt ist (vgl. Kreisky S. 143 f.).

Anmerkungen und Hinweise

Arndt, Rudi/Voigt, Karsten: Rolle des Staates (1974), in: Kremendahl/Mayer (Hrsg.): Sozialismus und Staat, Bd. 2, S. 255—261. Keine Angaben über die Erstveröffentlichung.

Beiträge zur Theoriediskussion, herausgegeben von Georg Lührs. Bonn (Verlag J. H. W. Dietz) Bd. 1, 1973, Bd. 2, 1974. Die Auswahl der Texte wird nicht begründet (ergibt sich allenfalls indirekt; boshaft ausgedrückt: Wer nicht von Karl Marx reden will, läßt Karl Popper sprechen); nicht immer werden die Nachweise der Erstveröffentlichung angegeben, manchmal sind sie unvollständig; es fehlen auch Angaben über die Autoren. Der Haupteinwand: Beide Bände haben weder eine Einleitung noch sonst eine Art Wegweiser durch die Texte; der didaktische Wert für die partei- und gewerkschaftsinterne Diskussion wird deshalb leider gering sein.

Biedenkopf, Kurt H.: Fortschritt in Freiheit. Umriss einer politischen Strategie. München (Piper Verlag) ²1974, 238 S., Ln. DM 25,—. Vgl. die Besprechung von Horst Ehmke in: Die Zeit Nr. 8 vom 14. 2. 1975.

Brandt, Willy: Die Partei der Freiheit. Reden über August Bebel, Karl Marx, Friedrich Engels und Otto "Wels. Bonn (Verlag Neue Gesellschaft) 1974. Die Rede Brandts zum 20. Todestag von Kurt Schumacher erschien zusammen mit Reden von Kurt Schumacher und Erich Ollenauer unter dem Titel „Der Auftrag des demokratischen Sozialismus“ 1972 im gleichen Verlag.

Eppler, Erhard: Alternativen für eine humane Gesellschaft; ders.: Qualität des Lebens — Modewort oder Programm? Beide Aufsätze in: Beiträge zur Theoriediskussion Bd. 2, S. 71—86; 111—117.

Kienner, Fritz: Sozialismus in der Sackgasse? Wirtschaft und Gesellschaft im Umbruch. Wien (Europa Verlag) 1974, 439 S., Ln. DM 28,—.

Kremendahl, Hans / Mayer, Thomas (Hrsg.): Sozialismus und Staat. Kronberg i. T. (Scriptor Verlag), Bd. 1 u. 2, 1974; dies. (Hrsg.): Sozialismus und Grundgesetz. Ort und Verlag wie oben, 1974. Alle drei Bände enthalten zum Thema die zentralen Texte (u. a. Marx/Engels, „Klassiker“ der Sozialdemokratie vor 1914, Lenin, Trotzki, Räte-diskussion 1918, Staatsdiskussion in der Weimarer Zeit, das Staatsdenken der SPD des Godesberger Programms bis einschließlich der aktuellen Diskussion). Alle drei Bände haben ausführliche Einleitungen, gedacht als Einführung in die Texte; eigene Interpretationen der Herausgeber erfolgen ebenfalls. Selbst wenn man diese nicht durchgängig teilen kann, ist die Sammlung für eine auch um die historische Dimension vertiefte Theoriediskussion höchst brauchbar. Löwenthal, Richard: Sozialismus und aktive Demokratie. Essays zu ihren Voraussetzungen in Deutschland. Frankfurt (S. Fischer Verlag) 1974, 176 S., Ln. DM 28,—. Der Band enthält sechs Aufsätze, nur einer davon ist bisher unveröffentlicht, dafür wird einer („Demokratie und Leistung“) zum dritten Mal zugänglich gemacht (außer im vorliegenden Band noch in: Festschrift für A. Nau; Beiträge zur Theoriediskussion Bd. 2). Völlig unangemessen ist der Preis für 176 großzügig gedruckte Seiten!

Kreisky, Bruno: Aspekte des demokratischen Sozialismus. Vorwort: O. K. Flechtheim. München (List Verlag) 1974, 200 S., kart. DM 10,—. Leider ist die Rede Kreiskys auf dem SPÖ-Parteitag 1972 in Villach nicht wenigstens[^] zum Teil in den Band aufgenommen; sie enthält Kreiskys Auffassungen zu: „soziale Demokratie“, „sozialdemokratisch“, „sozialistisch“.

Oertzen, Peter von: Thesen zur Strategie und Taktik des demokratischen Sozialismus in der Bundesrepublik, jetzt zugänglich: 1. Separatdruck hrsg. vom PV der SPD; 2. Beiträge zur Theoriediskussion Bd. 2; 3. in: Oertzen, Peter von: Die Aufgabe der Partei. Bonn (Verlag Neue Gesellschaft) 1974. — Die arrogante, mit Unterstellungen arbeitende, methodisch von den Einsichten in die „innere Logik“ des Kapitalwertungsprozesses getragene Kritik in: Probleme des Klassenkampfes Nr. 14/15, 1974 (Heimann, Siegfried / Zeuner, Bodo: Eine neue Integrationsideologie) läßt nur den Schluß zu, daß v. Oertzens Überlegungen bestimmten Kapital-Ableiter-Fraktionen ein großes Argernis sein muß. Orientierungsrahmen '85 (genau: Zweiter Entwurf eines Ökonomisch-politischen Orientierungsrahmens für die Jahre 1975—1985), hrsg. vom PV der SPD.

Rolle und Aufgaben der Gewerkschaften im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen, technischen und gesellschaftlichen Entwicklung, hrsg. von der IG Druck und Papier (1974).

Schwan, Alexander/Schwan, Gesine: Sozialdemokratie und Marxismus. Zum Spannungsverhältnis von Godesberger Programm und marxistischer Theorie. Hamburg (Hoffmann u. Campe) 1974, 397 S., brosch. DM 29,50. Eine Auseinandersetzung mit der Marx- und Marxismus-Rezeption der beiden Autoren erfolgt in anderem Zusammenhang. Hier sei nur noch aufmerksam gemacht auf die außerordentlich nützliche Auseinandersetzung mit der „Marxistischen Systemkritik an der Bundesrepublik“ (u. a. Jaeggi, Hufschmid, Altwater, Müller/Neusüß, Offe); diejenigen, die sich auch zukünftig auf die genannten Systemkritiker berufen wollen, werden sich erst einmal mit dieser exemplarischen Kritik auseinandersetzen müssen.

Steffen, Joachim: Strukturelle Revolution. Von der Wertlosigkeit der Sachen. Reinbek (Rowohlt Verlag) 1974, 399 S., kart. DM 24,—; vgl. auch ders.: Versuch über verbindliche Grundwerte in: Die Neue Gesellschaft, H. 2, 1975, S. 92—97. — Zur Kritik an Steffen siehe: Ulrich Lohmar in: Der Spiegel Nr. 23 vom 3. 6. 1974; Ossip K. Flechtheim in: Die Zeit Nr. 27 vom 28. 6. 1974; Herbert Ehrenberg in: Die Neue Gesellschaft, H. 9, 1974. Die von den beiden Schwans versprochene Kritik der Auffassungen Steffens ist enttäuschend, weil polemisch und nicht sachlich analytisch. — Eine Auseinandersetzung mit Steffens normativem Denkansatz, daß abstrakte Werte deduktiv gesellschaftlich verbindlich werden können, wäre auch noch zu leisten. Vogel, Hans-Jochen: Grundfragen des demokratischen Sozialismus, in: Beiträge zur Theoriediskussion, Bd. 2, S. 51—70.